

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse:
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Postnummer
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 33.

Donnerstag, 9. Februar 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der letzten Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr. Schult in Riesa.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Ferdinand August Kolbe** in Riesa wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Riesa, den 8. Februar 1893.

Königliches Amtsgericht.

Selbner.

Veröffentlicht durch Gerlach, Gerichtsschreiber.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 2. zum 3. Februar d. J. sind einer der beiden am hiesigen **Patrischen Gasthofe** befindlichen **Ausgangskassen**, desgleichen derjenige am **Schäffer'schen Grundstücke** im neuen Ortsteile erbrochen und des Inhalts beraubt worden.

Es wird dies mit dem Bemerkten bekannt gegeben, daß Derjenige eine

Belohnung von Zwanzig Mark

erhält, welcher den Thäter so namhaft macht, daß derselbe gerichtlich belangt werden kann.

Weida bei Riesa, am 3. Februar 1893.

Die Ortspolizeibehörde.

Schlag, O. R.

Verdingung.

Die Herstellung einer **provisorischen Stalleinrichtung**, bestehend aus **120 Isth. m hölzernen Strippen** und **120 Stück eiserne Anbinderinge**, soll in einem **Loos** öffentlich verdingen werden. Bewerber wollen die Bedingungen im Geschäftszimmer der unterzeichneten Verwaltung einsehen, woselbst auch die Angebote bis zum **15. Februar 1893** **Vormittags 10 Uhr** abgegeben sind.

Riesa, am 3. Februar 1893.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Tagesgeschichte.

Der Abgeordnete **Vielmecht** kam in der Dienstags-Sitzung des Hauses zu der Behauptung, daß die in die Länge gezogene Debatte über den Zukunftsstaat die **Rebelwölfe** sei, hinter der in den Kulisken das **Kompromißgeschäft** über die Militärvorlage betrieben werde. Einen bestimmten tatsächlichen Hintergrund, der sich bisher nur den Blicken einiger Abgeordneter gezeigt hätte, hat diese Behauptung nicht: sie ist ins Blaue hinein aufgestellt worden. Der einzige Anhalt dafür, daß versucht würde, die Entscheidung in der Militärfrage hinzuzögern, könnte darin gefunden werden, daß die Militärkommission einen Ausschuß zur Prüfung gewisser finanzieller Fragen wiedergesetzt und bis zur Erledigung dieser Vorberatungen eine Pause gemacht hatte. Allein der Antrag war, zuvor genauere Aufschlüsse über die finanzielle Wirkung der Militärvorlage zu verlangen, von dem Abg. **Nichter** gestellt worden, also von einer Seite, die sich bisher noch nicht im Mindesten für das Gelingen eines Kompromisses bemüht hat, vielmehr ziemlich sicher mit der Notwendigkeit der Reichstagsauflösung rechnet. Die Annahme des Antrags in der Kommission war auch von Anhängern der Militärreform vorwiegend ungünstig gedeutet worden; es schien doch nach den Zahlenreihen, die der Abg. **Nichter** hatte aufmarschieren lassen, die Möglichkeit vorzuliegen, daß die Kosten der Mehrforderungen die Ansprüche der Militärverwaltung erheblich übersteigen würden. Dies zu beweisen, war offenbar der Wunsch des Antragstellers. Jetzt hat der Abg. **Nichter** selbst anerkennen müssen, daß bei einer ganzen Reihe von Punkten seine eigenen Schätzungen irrig waren, und in dem Bericht des Unterausschusses ist die Uebersetzung ausgesprochen, daß mit den veranschlagten 56,6 Millionen Mark nebst 7,2 Millionen Mark für Bayern die geforderte Heeresvermehrung durchzuführen wäre. Es liegt auf der Hand, daß dieses Ergebnis für die Vorlage eher förderlich als nachtheilig sein muß. Indessen von aussichtsreichen Kompromißverhandlungen ist noch nichts bekannt geworden. Man setzt in parlamentarischen Kreisen Hoffnungen auf das Wiedererscheinen des Abg. von **Bennigsen**, der nach den inzwischen mitgetheilten Zahlen über die Stärke des dritten Jahrganges der Fußtruppen vielleicht seinen Vorschlag dahin erweitert, daß der Regierung 28—29000 Mann als Ersatz für den dritten Jahrgang und die 18000 Ersatzreferenten, die jetzt jährlich über, als Rekruten angeboten werden. Ob sich aber dafür eine Mehrheit finden würde, bleibt sehr zweifelhaft. Der neue Führer des Zentrums, Abg. **Vieber**, hat jüngst in München wieder der Militärvorlage den Gedanken der Abrüstung und eines europäischen Friedens-Kongresses, wozüglich mit dem Papsi an der Spitze, entgegengestellt. So wenig auch ein solcher allgemeiner Friedensbund ohne eine starke Vormacht denkbar wäre, so scheint es doch fast, als ob eine Zusage in dieser Richtung der Preis für die Zustimmung des Zentrums zur Militärvorlage sein sollte. Das hieße natürlich Unmögliches verlangen. — Das wichtigste Ergebnis der Beratungen der aus der Mitte der Militärkommission eingesetzten Subkommission ist die Thatsache, daß selbst Herr **Nichter** nach einigen letzten Anstrengungen, die er machte, um in Zweifel zu ziehen, ob die Subkommission ihrer Aufgabe ganz gerecht geworden sei, sich mit der allseitigen Bejahung dieser Frage einverstanden erklärte. Die Unterstellung des Herrn **Nichter**, es möchten aus der beabsichtigten Heeresvermehrung größere Ausgaben

erwachsen als von den verbündeten Regierungen behauptet werde, darf sonach als endgiltig zurückgewiesen angesehen werden. Ein Versuch des Herrn **Nichter**, die Militärverwaltung dem Verdachte auszusparen, sie wolle sich mit der Erklärung, daß sie sich nicht auch insofern durch ihre Angaben gebunden halte, als Fortschritte der Waffentechnik Mehrausgaben erforderlich machen könnten, ein Hintertürkischen öffnen, mißlang vollständig. Das Ergebnis der Verhandlungen der Subkommission wird der „Post“ zufolge in parlamentarischen und in Regierungskreisen als ein befriedigendes angesehen.

Deutsches Reich. Die Wahlprüfungscommission des Reichstags hat gestern die Wahl **Ahlward's** gegen die Stimmen der Freisinnigen für gültig erklärt.

Die „Pol. Corr.“ berichtet aus Konstantinopel: „Freiherr von der **Solz Pascha** hat im Laufe des Sommers (schon wiederholt den Sultan um seine Entlassung ersucht. Seine Gesuche wurden jedoch abschlägig beschieden und ihm mitgeteilt, daß der Sultan von seinen werthvollen Diensten noch weiterhin Gebrauch zu machen wünscht. Da nun Freiherr von der **Solz Pascha** fest entschlossen ist, seinen bisherigen Wirkungskreis zu verlassen und seine militärische Laufbahn in seinem Vaterlande weiter fortzusetzen, so hat er am 15. November v. J., gestützt auf die kontraktliche Vereinbarung, neuerdings sein Entlassungsgesuch mit einer sechsmonatlichen Ründigungsfrist eingereicht und wird demnach am 15. Mai d. J. aus dem türkischen Dienste treten. Die Nachricht, daß er in der deutschen Armee ein Divisionskommando übernimmt, ist jedenfalls verfrüht. Die Frage seiner künftigen Dienstverwendung in Deutschland ist bis jetzt gar nicht erwogen worden. Freiherr von der **Solz Pascha** ist bekanntlich im Jahre 1884, also zwei Jahre nach der unter Führung des Generals **Röhler** nach der Türkei entsandten deutschen Militärmission, nach Konstantinopel gekommen. Anfanglich nur mit der Organisation der Militärschulen beauftragt, wurde er nach dem Tode **Röhler's** (3. November 1885) auch Sous-Chef des Generalstabes und im Januar 1886 in die neugebildete Armeereorganisationscommission berufen. Freiherr von der **Solz Pascha** hat auf allen diesen Gebieten Hervorragendes und zweifellos mehr geleistet als irgend einer seiner Vorgänger.

Vom Reichstage. Im Reichstage standen gestern die Anträge der Conservativen und des Zentrums, betreffend die Aenderung der Konkursordnung und einiger Vorschriften des Handelsgesetzbuches zur Verathung. Die Debatte war eine ziemlich matte, trotzdem die Bänke des Hauses zeitweilig, namentlich bei den Abstimmungen, ziemlich gut besetzt waren. Abg. **Ackermann** begründete seinen Antrag, wonach aus der Bezeichnung eines kaufmännischen oder gewerblichen Geschäfts Geschlecht und Name des Inhabers erkennbar sein soll. Der Antrag wolle verhindern, daß der **Ghemann**, wenn der Egelster drohe, das Geschäft seiner Ehefrau übertrage und sich dadurch den Ansprüchen seiner Gläubiger entziehe. Sein weiterer Antrag, daß derjenige bestraft werde, welcher nach seiner Zahlungsunfähigkeit Kreditgeschäfte macht, ohne den anderen Theil von seiner Zahlungsunfähigkeit benachrichtigt zu haben, wolle verhindern, daß derartige Praktiken straflos bleiben. Abg. **Rinteln** begründete den Antrag des Zentrums, betreffend die Aenderung der Konkursordnung. Es stehe die Gefahr, daß die Konkursmacher aus ihrem Konkurs Vermögensvorteile ziehen. Der Begriff der Zahlungsunfähigkeit müsse die Grundlage der Konkursordnung werden. Unbedingt sei ein Gläubigerausgleich

nötig; ein Accord dürfe nur zulässig sein, wenn mindestens fünfzig Prozent der Masse verteilt werden können. Abg. v. **Stamm** (Reichspartei) erklärte sich gegen die Anträge, weil sie zu weit gingen. Abg. v. **Bar** (freisinnig) bezeichnete die bestehende Konkursordnung als vorzüglich; über einzelne der gemachten Vorschläge lasse sich diskutieren. Die Anträge schränken zu sehr das richterliche Ermessen ein. Die Konkursrichter müssen freilich auch kaufmännische Bildung besitzen. Der Begriff Ueberbürdung sei gesetzlich schwer feststellbar. Die beantragten Strafbestimmungen des Gesetzentwurfs seien so hart, daß sie beinahe zur alten Schuldhaft zurückführen. Abg. **Schneider** (nationalliberal) billigt die Verschärfung der Strafbestimmungen gegen frivole oder rückfällige Konkursmacher, beanstandet aber die Festsetzung des Antrages **Ackermann** als zu weitgehend. Abg. **Heine** (Socialdemokrat) meinte, mangelnde Schulbildung und die schlechten Zeitverhältnisse verurteilten die meisten Konkursfälle. Den kleinen Geschäftsleuten, die unter der Noth der Zeit ohnehin am schwersten leiden, wolle man Belastigungen auferlegen. Die Anträge des Abg. **Ackermann**, sowie der Centrumsantrag, betreffend die Konkursordnung, wurden sodann einer aus 21 Mitgliedern bestehenden Commission überwiesen. Der Antrag des Abg. **Ackermann**, betreffend das Verbot der Waarenabgabe seitens der Consumvereine an Nichtmitglieder, wurde in namentlicher Abstimmung mit 131 gegen 92 Stimmen angenommen; dagegen stimmten die Nationalliberalen, die Freisinnigen, die Volkspartei und die Socialdemokraten, dafür das Centrum und die Conservativen. Der Antrag des Abg. **Rinteln**, wonach eine Verjährung nicht eintreten soll, wenn gesetzliche Gründe die Strafverfolgung ausschließen, ward mit großer Mehrheit angenommen.

England. Die englische Regierung fährt fort, Truppenvermehrungen nach Egypten zu senden. Bemerkenswerth ist die Nachricht, daß jetzt ein indisches Cavallerie-Regiment dem Befehl erhalten hat, sich für Egypten bereit zu halten. Es stand dort seit sechs Jahren an englischer Cavallerie nur noch eine Schwadron. Die Vermehrung der Cavallerie würde darauf hinweisen, daß man eine Ausdehnung der antienglischen Bewegung auf das platte Land und namentlich auch nach Oberegypten fürchtet und sich doch nicht ganz mehr auf die ägyptischen Truppen verlassen zu können meint.

Frankreich. Die Anklagekammer des Appellhofes in Paris hat ihre Entscheidung über die Anträge des Untersuchungsrichters im Panamaprozesse gefällt. Sie lautet dahin, daß gegen **Proust**, **Béral**, **Dugus** de la Fauconerie, **Balhaut**, **Sansleror**, **Gobron**, **Mondin**, **Arton**, **Karl Vessely** und **Fontane** die Anklage erhoben wird. **Kouvier**, **Dovos**, **Grevy**, **Cotta** und **Rénauld** sind glücklich der Schwach, auf der Anklagebank zu erscheinen, entronnen, ihr politisches Ansehen aber ist wohl unwiederbringlich dahin. Die Pariser Morgenblätter vom Mittwoch sprechen sich im Allgemeinen mißbilligend über die Beschlüsse der Anklagekammer aus. Der „Figaro“ meint, das Publikum werde überzeugt sein, daß man Diejenigen retten wolle, deren Born und Entstellungen man fürchte. Die Regierung werde jedenfalls schuldig erscheinen; entweder habe sie leichtfertig versucht, ehemalige Minister, Senatoren und Deputirte zu entehren, oder sie sei vor den Folgerungen ihrer Energie zurückgeschreckt.

Rußland. Ueber den Stand der Verhandlungen bezüglich des deutsch-russischen Handelsvertrages weiß der mit russischen Kreisen in Verbindung stehende Berliner Börsen-Courier zu berichten: „Die allgemeinen Verhandlungen über die Herstellung vertragsmäßiger Handelsbe-